



Florian Toncar MdB

Newsletter 1/2009

Inhalt

- Deutscher Bundestag aktuell: S. 1
Florian Toncar – Arbeit in Berlin: S. 2
Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis: S. 4
Termine: S. 6

Berliner Büro
Florian Toncar MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227-74226
Fax: (030) 227-76226
E-Mail: florian.toncar@bundestag.de

Internetauftritt: www.toncar.de

Wahlkreisbüro
Florian Toncar MdB
Marktgässle 6/1
71032 Böblingen
Tel.: (07031) 43 64 626
Fax: (07031) 43 64 627
E-Mail: florian.toncar@wk.bundestag.de



Sehr geehrte Damen und Herren,

mein erster Newsletter dieses Jahres ist fertig und die Osterpause steht bereits vor der Tür.

In den letzten Wochen gab es wohl kaum ein Thema, das die Gemüter derart erregte, wie das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz (FMStErG). Vielen dürfte es auch als „Enteignungsgesetz“ bekannt sein. Dieser Titel trifft es auch ziemlich gut. Denn das Gesetz erweitert nicht nur die Möglichkeiten des Bankenrettungsschirms, z.B. indem die Vergabe von Garantien und die Kapitalstärkung von Banken durch den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) vereinfacht wird, sondern ebnet auch den Weg für eine eventuelle Enteignung der Aktionäre der Hypo Real Estate (HRE). Damit ist dieses Gesetz ein abschreckendes Signal für international tätige Investoren und schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Darüber hinaus verstößt eine Enteignung von Aktionären gegen die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei könnte die HRE auch ohne diesen schweren Eingriff in die Eigentumsfreiheit gerettet werden. Die FDP-Bundestagsfraktion hat hierzu konkrete Vorschläge vorgelegt, auf die die Bundesregierung aber bisher nicht eingegangen ist.

Weitere Themen dieses Newsletters sind unter anderem die Ergebnisse der Föderalismuskommission II, die Vorstellung des Deutschlandberichts im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, die Wahlkreisrundfahrt mit Ministerpräsident Günther Oettinger, die Spendenaktion des Förderkreises Behindertensport und die Menschenrechtspolitik des neu gewählten US-Präsidenten Barack Obama.

Selbstverständlich können alle im Newsletter erwähnten Dokumente über mein Büro bezogen werden. Ferner informiere ich auf meiner Homepage unter www.toncar.de/aktuelles über aktuelle Themen, meine Arbeit in Berlin und vor Ort im Wahlkreis.

Wenn Sie darüber hinaus Fragen oder Anregungen haben, kommen Sie gerne direkt auf mich zu. Sie können jederzeit einen Termin mit meinem Wahlkreisbüro in Böblingen vereinbaren.

Ihr

Deutscher Bundestag aktuell

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2009 dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung zugestimmt. Ich sehe, wie die FDP-Bundestagsfraktion, das Paket kritisch, weil es die Schulden des Bundes massiv erhöht und zugleich kaum Entlastungen für die Bürger bereithält. Stattdessen werden etliche neue Subventionen, z.B. ein befristeter Erlass der Kfz-Steuer für Neuwagen oder die Abwrackprämie für alte PKW, geschaffen. Tatsächlich werden die Bürger um lediglich neun Milliarden Euro, verteilt auf zwei Jahre, entlastet. Das sind rund 10 Prozent der Gesamtsumme der Konjunkturpakete I und II. Zum Vergleich: Das 790 Milliarden US-Dollar umfassende Konjunkturpaket von US-Präsident Obama entlastet die Bürger um 276 Milliarden Dollar. Das ist rund ein Drittel der Gesamtsumme. Daran hätte man sich auch in Deutschland orientieren sollen. Aus meiner Sicht hat die Bundesregierung die falschen Schwerpunkte gesetzt. Es wäre besser gewesen, die Bürger stärker zu entlasten, damit sie wieder Vertrauen schöpfen und über den Konsum die Binnennachfrage ankurbeln können. Zugleich hätte die Regierung weniger für öffentliche Investitionen und Subventionen ausgeben und auf diesem Wege weniger Schulden machen sollen.

Die schwarz-rote Koalition hat von 2006 bis 2009 insgesamt über 90 Mrd. Euro an neuen Schulden aufgenommen. Und das, obwohl sie seit Regierungsantritt insgesamt über 150 Mrd. Euro an Steuermehreinnahmen verfügte. Leider wurde das Geld sofort wieder ausgegeben, anstatt zuerst die Neuverschuldung auf Null zu reduzieren. Für einen kommenden Abschwung wurde nicht vorgesorgt. Auch deshalb fällt die Neuverschuldung jetzt so hoch aus. Die Rechnung für diese Versäumnisse zahlen die Bürgerinnen und Bürger.

Deutschland wrackt ab

Nicht jede Blitzentscheidung ist auch blitzgescheit. Die Abwrackprämie ist so ein Fall, auch wenn jenes Instrument, das die Bundesregierung unter dem klangvollen Titel „Umweltprämie“ als Teil ihres Konjunkturpaketes hastig beschlossen hat, Anklang in der Bevölkerung findet. Bereits 900.000 Anträge sind beim zuständigen Bundeswirtschaftsministerium eingegangen. Somit ist die ursprünglich angepeilte Marke von 600.000 überschritten. Wer hätte nicht auch gerne einen staatlichen Zuschuss von 2.500 Euro?

Dennoch sind wir Liberalen überzeugt, dass die Bundesregierung mit der Abwrackprämie ein Instrument geschaffen hat, dass weder

geeignet ist, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, noch langfristig positive Effekte auf die Autobranche hat oder zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt. Die Bundesregierung verlässt sich auf eine kostspielige und nicht zielführende Maßnahme, die über Schulden finanziert wird.

Die schlechte Ausführung der entsprechenden „Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen“ ist dabei noch das geringste Problem. Ständige Änderungen im Antragsverfahren – am 17. März wurde die Förderrichtlinie schon wieder geändert, nachdem sie erst am 20. Februar erlassen wurde – und anhaltende Ungewissheit sind alles andere als bürgerfreundlich.

Viel schlimmer ist aber der dauerhafte volkswirtschaftliche Schaden, der durch die Abwrackprämie angerichtet wird. Ein Grundproblem ist, dass mit der Abwrackprämie nicht mehr Fahrzeuge verkauft werden. In jenen Fällen, in denen ein Autokauf ohnehin für dieses Jahr geplant war, ist die Abwrackprämie ein wirkungsloses Geldgeschenk. Aber auch dort, wo sie zu einem Autokauf anreizt, wirkt sie nicht anhaltend. Der Kauf eines Neuwagens wird lediglich in dieses Jahr vorgezogen. Dies wird in den Folgejahren zu einem drastischeren Nachfrageeinbruch führen, was wiederum Arbeitsplätze gefährdet. Dies hat jüngst auch Daimler-Chef Dieter Zetsche prognostiziert.

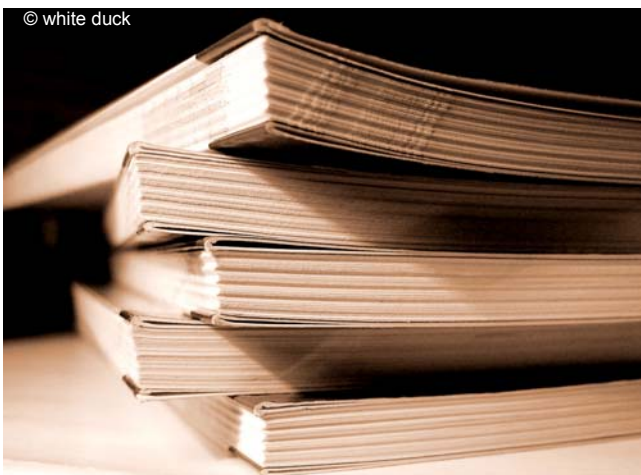
Der staatliche Eingriff in den Automobilmarkt führt darüber hinaus zu Marktverzerrungen und gefährdet, durch die Verlagerung der Kaufkraft, auch Arbeitsplätze in anderen Branchen. Strukturanpassungen im Automobilsektor im Hinblick auf kraftstoffsparende und innovative Produkte werden behindert. Die in den vergangenen Jahren geschaffenen Überkapazitäten auf dem Markt werden nun staatlich gefördert. Hinzu kommt, dass der deutsche Steuerzahler mit der Abwrackprämie in erheblichem Umfang auch zum Kauf ausländischer Autos anreizt, die im Durchschnitt preiswerter sind. Deshalb ist sie noch nicht einmal eine treffsichere Maßnahme für Arbeitsplätze in Deutschland.

Die Abwrackprämie ist schädlich für die Wirtschaft, sie gefährdet Arbeitsplätze, treibt die Staatsverschuldung in die Höhe und ist letztlich ein rein taktisches Instrument im Kampf um die Wählergunst. CDU/CSU und SPD wissen das. Allerdings haben beide Regierungsparteien längst mit dem Wahlkampf gegeneinander begonnen.

Föderalismuskommission II

Im Februar 2009 legte die Föderalismuskommission II ihr Arbeitsergebnis vor. Ursprünglich sollte die Kommission die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu ordnen. Es sollte auch über mehr Steuerautonomie für die Länder und über die Möglichkeit, die Anzahl der Länder zu reduzieren, verhandelt werden. Im Ergebnis konnte sich die Föderalismuskommission lediglich auf eine Schuldenbremse einigen. Und auch diese geht nicht weit genug. Zum einen stellt sich die Frage, warum die Föderalismuskommission II jahrelang tagt und am Ende in einer Koalitionsrunde außerhalb dieser Kommission eine Schuldenbremse durch die Regierungskoalition beschlossen wird. Zum anderen ist das vorgelegte Konzept der Schuldenbremse aus meiner Sicht unzureichend.

Es ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, dass die Höhe, in der sich der Bund neu verschulden darf, auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ab dem Jahr 2020 begrenzt werden soll. Das sind immerhin noch ca. 8,5 Milliarden Euro pro Jahr. Der Teufel



Die Kommission hat lange getagt und viele Schriftsätze verfasst. Ihr Ergebnis ist und bleibt aus liberaler Sicht jedoch dürftig.

steckt aber im Detail: So enthält das Gesetz etliche vage Ausnahmeregelungen, z.B. im Fall einer schweren Rezession oder bei Naturkatastrophen, die eine höhere Neuverschuldung des Bundes zulassen. Außerdem fehlt eine verbindliche Rückführungsklausel, die festlegt, wie neu entstandene Schulden getilgt werden sollen. Im Endeffekt wird mit dieser „Schuldenbremse light“ lediglich die Höhe der maximal möglichen Nettokreditaufnahme des Bundes beschränkt. Die FDP-Bundestagsfraktion hat daher ein eigenes Konzept vorgelegt, das eine wirksame Schuldenbremse und eine nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen vorsieht.

Vernünftig ist hingegen, dass die Länder ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen. Ärmeren Ländern, die hoch verschuldet sind, soll durch einen Konsolidierungspakt geholfen werden. Diese Länder werden zwischen 2011 und 2019 pro Jahr insgesamt 800 Millionen Euro erhalten. Diese Summe wird zu gleichen Teilen von Bund und Geber-Ländern aufgebracht.

Honorarreform

Mit der Gesundheitsreform hat auch eine Reform der Ärztevergütung stattgefunden. Insbesondere Praxen in Baden-Württemberg erfahren durch die Honorarreform spürbare Einkommensverluste, da sie pro Patient und pro Quartal lediglich einen festgesetzten Betrag erhalten, der oftmals nicht annähernd kostendeckend ist. Bisher konnten beispielsweise Röntgenuntersuchungen einzeln abgerechnet werden. Jetzt aber fallen auch sie unter eine Pauschale. Röntgt ein Arzt einen Patienten öfter, als es sein festgelegtes Budget vorsieht, bekommt er die darüber hinausreichenden Röntgen-Untersuchungen nicht bezahlt.

Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zur Gesundheitsreform hat die FDP immer wieder beanstandet, dass die faktische Budgetierung zu einem Qualitätsverlust führt und die ärztliche Versorgung gefährdet. Wir haben uns im Deutschen Bundestag dafür ausgesprochen, dass Ärzte eine leistungsgerechte Vergütung bekommen müssen. Die große Koalition hat sich im Deutschen Bundestag leider über alle Verbesserungsvorschläge, zu einem transparenten, einfachen und leistungsgerechten Vergütungssystem mit festen Preisen für Leistungen zu kommen, hinweg gesetzt.

Unsere Vorschläge für eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Gesundheitspolitik liegen auf dem Tisch. Das gegenwärtige, staatswirtschaftliche Kassensystem ist nicht nachhaltig reformierbar und muss ersetzt werden durch ein privat organisiertes System mit allgemeiner Versicherungspflicht und Kontrahierungszwang (eine Versicherung muss Patienten ohne Gesundheitsprüfung aufnehmen), mit Beitragshoheit und echtem Wettbewerb der Kassen. Mindestleistungen der Versicherungen müssen vorgegeben werden, Zusatzleistungen sowie sämtliche Beitrags- und Vergütungsfragen sind von den Akteuren und nicht von der Politik festzulegen. Budgetierung hat in diesem System keinen Platz mehr. Staatliche Unterstützung bekommen diejenigen, die eine Versicherung nicht selbst bezahlen können.

Eine solche Gesundheitsreform, die die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft wiederherstellt, wird eines der wichtigsten Vorha-

ben der FDP für die kommende Wahlperiode sein.

Florian Toncar – Arbeit in Berlin

Finanzmarktkrise

Im Deutschen Bundestag ist jüngst das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz (FMStErG) verabschiedet worden. Dieses Wortungetüm erweitert den im Oktober 2008 installierten Bankenrettungsschirm, der deutsche Kreditinstitute in der Krise mit Bürgschaften oder frischem Kapital stützen soll. Ich habe mich als Hauptberichterstatter des Haushaltsausschusses intensiv an der Beratung des Gesetzes beteiligt.

Das Gesetz zielt insbesondere auf die Rettung der maroden Bank Hypo Real Estate (HRE) ab. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik können nun Bankaktien und andere Vermögenswerte enteignet werden. Dies hebelt die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft aus und ist kein gutes Signal an Investoren. Die FDP hat das Gesetz scharf kritisiert und im Deutschen Bundestag abgelehnt. Für die Probleme der HRE gibt es andere Lösungsmöglichkeiten als eine Enteignung. Notwendig ist eine schnelle Stabilisierung der Bank und ihre Restrukturierung. Dies ist nur möglich, wenn die HRE so günstig an frisches Geld kommt, dass sie durch die Vergabe von Krediten nicht immer weiter Geld verliert. Ohne eine starke Beteiligung des Bundes ist dies nicht leistbar. Außerdem muss künftig sichergestellt sein, dass die Bank restrukturiert wird und in Zukunft eine solidere Geschäftspolitik verfolgt. Der Staat kann aber auch ohne Enteignung durch eine sogenannte Kapitalerhöhung die Kontrolle an der Bank übernehmen. Die Regierungskoalition setzt also leichtfertig und unüberlegt den Schutz des Eigentums als einen der wichtigsten Grundsätze unserer Wirtschaftsordnung aufs Spiel.

Untersuchungsausschuss zur Hypo Real Estate

Die FDP-Bundestagsfraktion hat in ihrer jüngsten Sitzung beschlossen, einen Untersuchungsausschuss zum Finanzgebaren der Hypo Real Estate (HRE) und zur Verantwortung der Bundesregierung zu beantragen.

Die Lage der HRE ist schockierend. Der Steuerzahler bürgt mittlerweile für die unverstellbare Summe von 87 Milliarden Euro für Schulden dieser Bank und wird sich mit Milliarden an ihr beteiligen.

Ziel des Untersuchungsausschusses soll es sein, herauszufinden, ob die Bundesregierung eine Mitschuld daran trägt, dass die Hypo Real Estate in diese existenzielle Krise kommen konnte. Das Bundesfinanzministerium hat

© Zsuzsanna Kilián



Durch die Finanzmarktkrise kommt nicht nur die Wirtschaft ins Straucheln. Auch die Bundesregierung macht nicht immer einen sattelfesten Eindruck.

durch seine unzureichende Informationspolitik den Verdacht genährt, Mitverantwortung an der schweren Krise der HRE zu haben. So gibt es klare Hinweise darauf, dass die Bundesregierung seit Jahren wusste, dass ein großer Teil der HRE nicht der deutschen Bankenaufsicht unterliegt, und dass sie nichts dagegen unternommen hat. Außerdem ist zu prüfen, warum Warnungen über das Geschäftsgebaren der Bank keine Konsequenzen hatten. Mir erscheint es als wahrscheinlich, dass eine funktionierende Bankenaufsicht das Desaster der HRE, für das jetzt der Steuerzahler gerade steht, hätte verhindern können. Wäre das so, hätten wir es mit einem folgenschweren Skandal zu tun.

Als Abgeordnete sind wir es dem Steuerzahler schuldig, dass wir diese gravierenden Vorwürfe umfassend aufklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Reise zum VN-Menschenrechtsrat nach Genf

Am 01. und 02. Februar 2009 bin ich mit einer Delegation des Menschenrechtsausschusses des Bundestags nach Genf zur Sitzung des Menschenrechtsrats des Vereinten Nationen gereist, dem Vertreter aus 47 Staaten angehören. Anlass war der „Universal Periodic Review“ (UPR), bei dem Deutschland über die Menschenrechtssituation im eigenen Land berichten und sich den kritischen Fragen der anderen Ratsmitglieder stellen musste. Beim UPR handelt es sich um eine routinemäßige Prüfung, der sich alle Staaten des VN-Menschenrechtsrats in regelmäßigen Abständen unterziehen.

Im Laufe der dreistündigen Sitzung wurde deutlich, dass Deutschland sich große Anerkennung für seine Menschenrechtssituation verdient hat. Dennoch wurde auch Kritik laut. So mahnte Russland Versäumnisse in der Korruptionsbekämpfung an und der Iran kritisierte Mängel bei der Achtung von Frauenrechten. Dass gerade diese Staaten mit den genannten Themen an Deutschland herantraten, war schon äußerst verwunderlich.

Nichtregierungsorganisationen wiesen darauf hin, dass der Bericht der Bundesregierung einige Mängel unterschlagen habe. Dies gelte beispielsweise für Defizite im Bereich des Flüchtlingsschutzes. Ich denke, dass die Bundesregierung diese Kritik ernst nehmen muss. Dazu gehört, dass Deutschland mehr Anstrengungen in der Integrationspolitik sowie bei der Bekämpfung fremdenfeindlicher Gewalt unternehmen muss.

Obamas Menschenrechtspolitik: Wohin mit ehemaligen Guantánamo-Gefangenen?

Als Barack Obama am 20.01.2009 sein Amt als 44. Präsident der USA antrat, verblüffte er

die Öffentlichkeit in den folgenden Tagen durch das hohe Tempo seiner Entscheidungen. Lang gehegte Politikansätze seines Vorgängers warf Obama kurzerhand über Bord. Am 23.01.2009 verfügte er für die CIA ein Folterverbot für Verhöre von Terrorverdächtigen. Ebenso kündigte er an, das US-Gefangenenlager in Guantánamo auf Kuba binnen eines Jahres zu schließen und die Gefangenen entweder zwecks strafrechtlicher Verfolgung in die USA zu überführen oder freizulassen.

Diese Ankündigung setzt ein klares Zeichen für einen Neuanfang in der Menschenrechtspolitik der USA, in der bisher Terrorverdächtige ohne rechtsstaatliches Verfahren willkürlich unbegrenzt in Haft bleiben konnten. Die FDP begrüßt diesen Schritt ausdrücklich, den wir als erste Fraktion im Deutschen Bundestag eingefordert hatten.

Die sich anschließende Diskussion in Deutschland über die Aufnahme von als unschuldig freizulassenden ehemaligen Guantánamo-Insassen verlief sehr emotional, jedoch umso chaotischer. Aus liberaler Sicht müssen diese Personen möglichst in ihre Heimat zurückkehren. Wo dies nicht möglich ist, weil den Personen in ihren Heimatstaaten Folter oder Verfolgung drohen, stehen zunächst die USA in der Pflicht, die Aufnahme dieser Personen zu ermöglichen. Nur in Fällen wo dies nicht möglich oder zumutbar ist, muss die EU Hilfe anbieten. In diesem Rahmen muss Deutschland einen seiner Größe entsprechenden Beitrag leisten. Da noch kein bilaterales Hilfesuch der US-Regierung an Deutschland direkt gerichtet wurde, hält sich die Bundesregierung derzeit bei der Frage der Aufnahme ehemaliger Guantánamo-Häftlinge zurück.

Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis

Das Seminar in Bad Boll zur Menschenrechtssituation in Tibet

In welcher Form wird der Konflikt in Tibet in der deutschen Politik thematisiert? Wie wird die Lage in Tibet in internationalen Gremien wie dem UN-Menschenrechtsrat diskutiert? Wie sollten die Tibeter politisch in Zukunft vorgehen, um ihr Anliegen nach kultureller und religiöser Autonomie auf friedlichem Wege zu erreichen? Diese und andere Fragen habe ich am 07. März 2009 mit Teilnehmern eines Tibet-Seminars in der Evangelischen Akademie Bad Boll diskutiert. Zusammen mit einer Gruppe der Jungen Liberalen bin ich vor gut

einem Jahr vor Ort gewesen, kurz bevor die Unruhen in Tibet ausbrachen.

Der Besuch des Dalai Lama im Herbst 2007 hat die Meinungsunterschiede im Umgang mit der Tibet-Frage erneut deutlich werden lassen. Damals kritisierte die SPD das Treffen der Bundeskanzlerin mit dem Dalai Lama heftig. Bundesaußenminister Steinmeier warf Angela Merkel „Schaufensterpolitik“ vor. Die FDP lässt keinen Zweifel an ihrem Bekenntnis zur Ein-China-Politik. Jedoch setzt die FDP sich seit Jahren für die berechtigten kulturellen und religiösen Belange der Tibeter ein. Der ehemalige Außenminister Dr. Klaus Kinkel gehört zu

den ersten deutschen Regierungsvertretern, die sich offiziell mit dem Dalai Lama getroffen haben.

Ich bin froh darüber, dass die FDP im Deutschen Bundestag seither stets auf die Menschenrechtssituation in Tibet hingewiesen hat. Die FDP legte zuletzt im April 2008 einen Antrag zu Tibet vor. In diesem ausgewogen formulierten Antrag erheben wir als FDP-Bundestagsfraktion die Forderung, dass China den Tibetern ihre religiöse und kulturelle Autonomie zugestehen und den Dalai Lama als kulturelles Oberhaupt der Tibeter anerkennen soll. Des Weiteren ist es unserer Ansicht nach Aufgabe der Bundesregierung, im Rahmen des deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialogs und über diplomatische Gespräche darauf hinzuwirken, dass der wirtschaftliche Aufschwung in der Region auch bei dem tibetischen Teil der Bevölkerung ankommt. Hierzu muss den Tibetern ein diskriminierungsfreier Zugang zu Bildungseinrichtungen offen stehen. Auch sollte Peking in Zukunft auf die aggressive Politik der Ansiedlung von Han-Chinesen in Tibet verzichten, um die tibetische Bevölkerung nicht weiter an den Rand zu drängen. Mit der Kritik am Umgang Chinas mit der tibetischen Minderheit stehen wir längst nicht alleine da. Auch bei den Vereinten Nationen wird die Menschenrechtssituation in Tibet regelmäßig kritisch angemahnt.

Leider gelingt es aber auch bei diesem wichtigen Thema nicht, Parteitaktik und persönliche Eitelkeiten komplett außen vorzulassen. Der Antrag sollte zunächst als Grundlage für einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen dienen. Allerdings scheiterte dieser in letzter Minute, da sich CDU/CSU und SPD nicht einigen konnten.

Im Gespräch mit den Seminarteilnehmern wurde deutlich, dass die Tibeter ihr Anliegen auf kulturelle und religiöse Autonomie innerhalb des chinesischen Staatsverbandes nur erreichen werden, wenn sie sich weiterhin auf friedliche Aktionen beschränken. Andernfalls würden die Tibeter ihren wichtigsten Trumpf verspielen: die weltweite Sympathie für ihren friedlichen Ansatz, der ihnen weltweit Glaubwürdigkeit verschafft.

Der Auftakt der Spendenaktion des Förderkreises Behindertensport in Sindelfingen

Seit Ende 2008 sammelt der Förderkreis Behindertensport mit bundesweiten Spendenaktionen Geld für Sportprojekte und -angebote, die sich an Menschen mit Behinderung richten. Unterstützt wird er dabei unter anderem vom ZDF. In Böblingen und Sindelfingen beteiligen

sich seit kurzem der VfL Sindelfingen und einige Orthopädie-Fachgeschäfte an der Aktion. Die Reinerlöse der Spendenaktion kommen direkt dem Breiten- und Rehabilitationssport für Menschen mit Behinderung zu Gute. An dem öffentlichkeitswirksamen Startschuss für die Spendensammelaktion am 18. Februar 2009 habe ich gerne teilgenommen, weil ich die Arbeit und den Einsatz der zumeist ehrenamtlichen Mitarbeiter, Trainer und Betreuer der Vereine sehr schätze. Durch den medienwirksamen Auftakt der Aktion in der Sportwelt des VfL Sindelfingen ist es gelungen, viele Bürger auf die Spendenaktion aufmerksam zu machen. Außerdem stehen die Chancen gut, dass im Zuge der Aktion potentieller Nachwuchs für die Behindertensport-Abteilungen angesprochen und auf Angebote der Vereine hingewiesen werden kann.

Vielen Behindertensportabteilungen fehlt der nötige Nachwuchs, um das Angebot in der bisherigen Form aufrechterhalten zu können. Dabei nehmen die Vereine eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe wahr, in dem sie Menschen mit Behinderung über ihr Sportangebot in das Vereinsleben integrieren. Auf diese Weise leisten die Sportvereine einen wichtigen Beitrag zur Integration von Menschen mit Behinderung in unsere Gesellschaft.

Das Spendenkonto des Förderkreises: Sparkasse Leverkusen, BLZ.: 375 514 40, Kontonr.: 111 111 118

Besuch des Ministerpräsidenten Günther Oettinger im Landkreis Böblingen

Am 26. Februar war der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Günther Oettinger, in Böblingen zu Gast. Neben einem großen Bürgerempfang in der Nufringer Wiesengrundhalle, einem Besuch im Gewerbegebiet Gültstein und im Technischen Schulzentrum Sindelfingen stand ein kommunalpolitisches Gespräch im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes Böblingen auf dem Programm.

Der Ministerpräsident unterstrich in dem Gespräch die besondere verkehrspolitische Bedeutung des Kreises Böblingen, die es zu stärken gelte. Vor dem Hintergrund des kommunalen Investitionsprogrammes des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung stellte er klar, dass das Land bereits Pläne für Bauvorhaben mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro in der Schublade habe, die es nun umzusetzen gelte.

Auch der nicht unumstrittene Deckel über der A81 zwischen Böblingen und Sindelfingen wurde angesprochen. Der Ministerpräsident

bot eine Beteiligung des Landes an der Finanzierung an, auch wenn er klarstellte, dass nicht alle Forderungen erfüllt werden könnten. In welcher Höhe denn das Land bereit sei, sich an den Kosten zu beteiligen, ließ er leider ebenfalls offen. Eine endgültige Entscheidung über die Finanzierung der Lärmschutzmaßnahmen soll bis Mitte 2009 fallen.

Ein weiteres wichtiges Thema wurde mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und Ganztagschulen angesprochen. So hat der Bundestag, mit der Mehrheit von CDU/CSU und SPD, mit dem Kinderförderungsgesetz ein Investitionsprogramm beschlossen, durch das die Kindertagesbetreuung in Deutschland massiv ausgebaut werden soll. Ab 2013 soll für durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. Das kostet viel Geld. Die Kosten für die Schaffung und den Betrieb der zusätzlichen Plätze wird von Bund, Ländern und Kommunen je zu einem Drittel getragen. Der Bund stellt für die neu zu schaffenden Betreuungseinrichtungen insgesamt 4 Milliarden Euro bereit. Ab 2014 wird sich der Bund zudem mit 770 Millionen Euro jährlich an den laufenden Betreuungskosten beteiligen.

Zugleich wird zum 01.08.2013 ein gesetzlicher Anspruch auf einen Betreuungsplatz in der Kindertagespflege oder in einer Tageseinrichtung für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr eingeführt. Eltern können dann von ihrer Gemeinde verlangen, dass ein Betreuungsplatz für ihr Kind bereitgestellt wird. Das ist auch grundsätzlich richtig. Allerdings müssen die Kommunen die Zusatzkosten alleine tragen, wenn mehr als 35% der Kinder einen Betreuungsplatz benötigen sollten. Es kann nicht sein, dass sich Familienministerin Von der Leyen auf Kosten der Kommunen profiliert. Eventuell zusätzlich entstehende Kosten müssen auch durch Bund und Länder mitgetragen werden. Denn die Städte und Gemeinden erfüllen hier eine wichtige und teure Aufgabe, für die die Einnahmen, die sie heute bekommen, nicht ausreichen. Im Übrigen erbringen die Kommunen hier Leistungen, von denen auch Bund und Land profitieren.

Aufnahme der A 81 in das Konjunkturprogramm

Durch das Konjunkturpaket werden zusätzliche Mittel für Investitionen in das Bundesfernstraßennetz bereitgestellt. Bereits im Dezember hatte ich gegenüber dem Bundesverkehrsministerium für die Aufnahme des planfestgestellten Ausbaus der A 81 zwischen der Anschlussstelle Gärtringen und der Anschlussstelle Böblingen-Hulb und des 4-spurigen Aus-

baus der B 464 bis Holzgerlingen Süd geworben. Der Bund hat grünes Licht für landesweit zwei Projekte gegeben; den Ausbau der A 81 von Böblingen/Hulb bis Gärtringen und den Bau des Scheibengipfeltunnels in Reutlingen (B 312). Ich freue mich, dass der Kreis Böblingen durch die zusätzlichen finanziellen Mittel nun immerhin mit dem vorzeitigen Ausbau der A 81 rechnen kann.

Vor dem Hintergrund, dass mit der Altdorfer Kreuzung ein verkehrliches Nadelöhr entschärft werden muss und dass die Stadt Holzgerlingen zur Beschleunigung des Verfahrens auf eigene Kosten einen Bebauungsplan erstellt hat, bleibt der 4-spurige Ausbau der B 464 weiterhin von höchster Priorität.

Ein Praktikum im Deutschen Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

mein Name ist Tobias Knapp und ich werde im folgenden Artikel über mein Praktikum, das ich eine Woche lang bei Florian Toncar im Deutschen Bundestag absolviert habe, berichten.

Ich flog mit dem Flugzeug von Stuttgart nach Berlin mit der Erwartung, die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten näher kennen zu lernen, ihn zu sämtlichen Sitzungen zu begleiten und alle Fragen rund um diesen Job beantwortet zu bekommen. Außerdem wollte ich herausfinden, ob der Beruf „Politiker“ auch etwas für mich wäre, denn ich hatte schon länger überlegt, später einmal in die Richtung Politik berufstätig zu werden.



Tobias Knapp und Florian Toncar im Jakob-Kaiser-Haus in Berlin.

Die Woche begann eher ruhig. Zuerst bekam ich einen Hausausweis, damit ich mich frei in allen Gebäuden des Bundestages bewegen konnte und lernte die Mitarbeiter von Herrn Toncar kennen. Im Anschluss bekam ich eine kleine Führung durch die wichtigsten Gebäude des Bundestages, in denen ich mich in dieser Woche die meiste Zeit aufhalten würde. Als ich den Wochenplan zu sehen bekam, merkte ich schnell, dass ein Bundestagsabgeordneter einiges zu tun hat. Herr Toncar musste von einem Termin zum nächsten. Ich durfte ihn leider nicht zu jeden Termin begleiten. Deshalb verbrachte ich auch viel Zeit bei seinen Mitarbeitern im Büro. Mich verwunderte zunächst sehr, dass er vier Mitarbeiter in seinem Büro in Berlin hatte. Es war allerdings schon nach kurzer Zeit offensichtlich, dass die ganze Arbeit viel zu viel für einen Abgeordneten und eine Sekretärin ist, wie ich es mir ursprünglich vorgestellt hatte. Schon nach kurzer Zeit durfte ich Herrn Toncar zu Ausschüssen begleiten. Interessant daran war, dass ich den verschiedensten Politikern beim diskutieren zuhören durfte. Außerdem sah ich viele der bekannten und berühmten Politiker, die ich sonst nur aus den Medien kannte. Anfangs war es schwer, den Gesprächen der Politiker in den Sitzungen zu folgen und den Inhalt zu verstehen. Doch da mir die sehr freundlichen Mitarbeiter von Herrn Toncar alle meine Fragen beantworteten, dauerte es nicht lange, bis ich die Hintergrundinformationen der einzelnen Arbeitsgruppen bzw. der Ausschüsse kannte. So war es jetzt kein Problem mehr zu verstehen, was gerade ablief. Dadurch wurde das Praktikum viel interessanter und spannender. Der Höhepunkt der Woche war, unsere Bundeskanzlerin beim Reden im Parlament zu sehen.

Im Großen und Ganzen war das Praktikum im Deutschen Bundestag sehr interessant und erfolgreich. Ich habe viele neue Eindrücke und Erfahrungen gewonnen. Ich kann mir gut vorstellen, später auch in diesem Bereich tätig zu werden, denn er ist sehr abwechslungsreich, bietet viele Vorzüge und ein hohes Gehalt.

Ich empfehle jedem, der die Chance hat ein Praktikum im Deutschen Bundestag zu absolvieren, diese Chance zu nutzen, denn es ist eine einmalige Erfahrung, die man so schnell nicht mehr vergisst.

Termine mit Florian Toncar MdB

27.04.2009, 17:00: Bürgersprechstunde von Heiderose Berroth (MdB) und Florian Toncar (MdB), Herrenberg

27.04.2009, 19:00: Podiumsdiskussion beim SVöD, Thema: Soziale Gerechtigkeit, Gasthof Schwanen in Böblingen

28.04.2009, 19:00: Neumitgliedertreffen des FDP-Kreisverbandes Böblingen mit gemeinsamem Essen, Landtag, Stuttgart

02.05.2009, 16:00: Besichtigung des Turmforums Stuttgart 21 im Stuttgarter Hauptbahnhof

03.05.2009, 10:30: Liberaler Frühschoppen in Gärtringen, Weingarten

08.05.2009, 10:00: DRK-Symposium, ethisches Wirtschaften: Herausforderungen für die Pflege, Sindelfingen

08.05.2009, 15:30: Podiumsdiskussion „Arbeitskreis Verwaltung und Entwicklung“, Diakonisches Werk, Stuttgart

08.05.2009, 19:45: Kreisvorstandssitzung FDP-Böblingen, Kreisgeschäftsstelle

10.05.2009, 10:30: Liberaler Frühschoppen in Böblingen, Seegärtle

15.05.2009, 11:00: 60. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP, Hannover